

**Vorstellung des Abschlussberichtes der Enquete-
Kommission „Integration in Bayern aktiv gestalten und
Richtung geben“
Rede von Dr. Hans Jürgen Fahn**

[20 min.]

Begrüßung	Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Enquete- Kommission,
Danksagung	<p>- Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich ganz herzlich bei allen Mitgliedern der Enquete-Kommission für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren bedanken.</p> <p>- Ein ganz besonderer Dank gilt hier den Expertinnen und Experten der einzelnen Sitzungen. Diese Experten haben in den unterschiedlichsten Sitzungen sehr guten</p> <p>- Ebenfalls gilt mein besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagamts. Ohne sie wäre der reibungslose Ablauf und das Zustandekommen des Abschlussberichtes nicht möglich gewesen.</p>

Allgemeines

- Wir besprechen heute einen sehr umfangreichen Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Integration in Bayern aktiv gestalten und Richtung geben“
- Unser gemeinsames Ziel war und ist es, der Integration in Bayern eine Richtung zu geben.
- Der Abschlussbericht beinhaltet 356 Handlungsempfehlungen, wovon immerhin 158 einstimmig beschlossen wurden.
- Es konnte also bei fast der Hälfte der Handlungsempfehlungen eine gewisse Einigkeit – auch wenn diese oftmals auf Kosten der Präzision der einzelnen Handlungsempfehlung ging - erzielt werden.
- Leider hat die CSU, mit ihrer absoluten Mehrheit, die Chance vertan durch diese Enquete-Kommission eine wichtige Weichenstellung für die Integration in Bayern zu leisten.
- So beharrt sie auch weiterhin auf ihrem streitbaren Begriff der „Leitkultur“. Dieser politische Kampfbegriff treibt unnötige Keile in die Gesellschaft und erschwert eine Integration in unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.
- So ist es auch nicht verwunderlich, dass genau die Sitzungen, die sich mit diesem Begriff der „Leitkultur“ befassen, mit die

kontroversesten Sitzungen waren. Hier war es nur schwer möglich zu den CSU-Abgeordneten mit rationalen Argumenten durchzudringen und Gemeinsamkeiten, die jede Fraktion mittragen könnte, zu finden.

- **Das Wort Integration kommt bekanntlich aus dem Lateinischen und bedeutet unter anderem „etwas zu einem Ganzen zusammenschließen“. Übertragen auf gesellschaftliche Integration heißt dies: unterschiedliche Menschen und Gruppen verbinden sich zu einer neuen gesellschaftlichen und kulturellen Einheit. Oder anders gesagt: Integration kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten³ bereit sind für Veränderungen. Im Falle der geflüchteten Menschen braucht es also eine Veränderung der Mehrheitsgesellschaft ebenso wie denn, die hinzukommen. Deren einseitige Anpassung an unsere vermeintlich unveränderlichen Kulturen und Traditionen zu erwarten, ist zu kurzfristig gedacht. So kann und wird Integration nicht gelingen.**
- **Wir FW brauchen nicht den Begriff Leitkultur. Wir orientieren uns am Grundgesetz, der Bayer. Verfassung und den Erhalt der liberalitas bavarica, die auch für Freizügigkeit und Toleranz steht.**
- **In der heutigen polarisierenden Zeit ist**

	<p>eine gelingende Integration in die Gesellschaft wichtiger denn je. Wir können es uns nicht leisten eine dauerhaft bei uns wohnende Menschen nicht in unsere Gesellschaft zu integrieren oder es zuzulassen Parallelgesellschaften (wie z.B. in Berlin, NRW, oder anderen Bundesländern) entstehen zu lassen.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Nicht integrierte Personen können im schlimmsten Fall auch zur Gefahr für die aufnehmende Gesellschaft und alle hier gut integriert lebenden Menschen werden. - Dabei kann es bei der Integration verschiedenste Gründe haben, wieso diese nicht gelingt. Zum einen kann das an der mangelnden Bereitschaft der zu integrierenden Menschen liegen, zum anderen kann dies auch an der mangelnden Integrationspolitik der Staatsregierung liegen. - Aus unserer Sicht muss man bilanzierend sagen, dass die großen Hoffnungen und Erwartungen an diese Enquete-Kommission nicht vollends erfüllt wurden.
<p>Unkonkrete Handlungsempfehlungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Leider sind viele Handlungsempfehlungen des Abschlussberichts, wie schon erwähnt, sehr unkonkret, da eine Einigung bei den Formulierungen oftmals nicht sehr einfach zu erzielen war.

	<ul style="list-style-type: none"> - Es wäre enorm wichtig gewesen die ideologischen Scheuklappen abzulegen und zu sachlichen und pragmatischen Lösungen, im Sinne der Menschen, zu kommen. Leider ging es dennoch zu oft um Grundsatzpositionen, bei denen sich CSU und SPD/Grüne unversöhnlich gegenüberstanden und bei denen sich keine der beiden Seite aufeinander zu bewegt hat. - Wir hätten uns hier eine sachlichere Sichtweise auf die Dinge gewünscht, denn die FREIEN WÄHLER stehen für eine ideologiefreie Sachpolitik, die seit Jahrzehnten auf kommunaler Ebene verankert ist. Dies bedeutet, dass wir nah am Menschen sind und die alltäglichen Probleme vor Ort mitbekommen. Durch diese kommunale Verwurzelung sind wir an problemorientierten Lösungen, für die Menschen vor Ort, interessiert. - Ziel muss es nun sein diese zum Teil unkonkreten Handlungsempfehlungen für den Alltag konkreter und damit nutzbarer zu machen.
<p>Abstimmungsverhalten</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Unser sachlich, pragmatischer Ansatz bei der Politik für die Menschen vor Ort haben wir uns inhaltlich mit den einzelnen Handlungsempfehlungen auseinandergesetzt und nicht pauschal Vorschläge abgelehnt, wenn sie von der

„falschen“ Fraktion kamen.

- Ich möchte nun, in der Kürze der Zeit, noch auf bestimmte Handlungsempfehlungen eingehen
- Im Themenfeld „Sprache, Erziehung und Bildung“ gab es die meisten eingebrachten Handlungsempfehlungen. Sprache ist der Schlüssel zu einer gelingenden Integration der Zugereisten Menschen. Aus Sicht der Freien Wähler ist der folgende einstimmig angenommene Handlungsansatz ein großer Erfolg:
 - **Kommunen haben die Schlüsselstellung bei der Umsetzung der Integration, denn Integration findet in erster Linie in den Städten und Gemeinden Bayerns statt. Daher müssen Kommunen, wenn es um die Umsetzung der Maßnahmen zu Sprache, Erziehung und Bildung geht auch die dafür notwendigen Mittel erhalten. Es soll eine durchgängige Sprachförderung im Übergang von KITAS zu Schulen geben.**
 - **Bei Integrationskursen soll die Bildung von Kleingruppen ermöglicht werden, um lange Wartezeiten - insbesondere im ländlichen Raum - zu vermeiden**
- Leider wurden auch 38 Handlungsempfehlungen von der CSU im Themenfeld „Sprache, Erziehung und Bildung“ abgelehnt, sie tauchen als

Minderheitsvoten auf, z.B. die Übernahme der Fahrtkosten zu den Sprach- und Integrationskursen, Verbesserung des Betreuungsschlüssels für Kinder mit Migrationshintergrund, Ausbau von Sozialkunde und politischer Bildung. Erstaunlich ist, dass das Erfolgsprojekt Motherschool, das weltweit anerkannt ist und Mütter vor den Gefahren von Radikalisierung ihrer Kinder schützt, in unserer Kommission keine Mehrheit fand. Weder CSU, SPD oder Grüne sind hier mitgegangen.

- Im Themengebiet „Gesellschaftliche und politische Partizipation“ fanden folgende Handlungsempfehlungen eine Mehrheit der Kommission, dies begrüßen wir ausdrücklich:
- **Die Mitarbeit in politischen Interessensvertretungen von Migranten in Integrationsbeiräten soll weiter unterstützt werden.**
- **Mit Lernen durch Engagement (Service Learning) existiert ein sehr gutes Konzept welche politische Bildung bis hin zur Partizipation ermöglicht; dieses Konzept soll weiter ausgebaut werden. Für das Service Learning als wichtiger Baustein für die aktive Partizipation und eine verstärkte demokratische Werteerziehung haben wir 7 Jahre gekämpft. Jetzt steht dies „schwarz auf weiß“ im**

Enquetebericht. Darauf sind wir stolz.

- Leider fand z.B. die stärkere Förderung des Ehrenamts und hier der Abbau bürokratischer Hürden (eine unverständliche Ablehnung seitens der CSU) und auch Anwerbekampagnen im öffentlichen Dienst keine Mehrheit.
- **Es ist wichtig, wie wir es im Themenfeld „Antidiskriminierung und Antirassismus“ einstimmig beschlossen haben, dass Diskriminierung und Rassismus dürfen in Bayern keinen Platz haben; hier sind Schulen aufgefordert Projekte und Maßnahmen durchzuführen.**
- Es muss dabei eine Anerkennung der sozialen, kulturellen und ökonomischen Potenziale von Migranten erfolgen.
- Keine Mehrheit fand auch eine Forderung der Freien Wähler, dass Integration nicht als Assimilation zu verstehen ist, sondern als ein Raum zur Selbstverwirklichung. Jeder muss ein Recht zur Selbstverwirklichung haben bzw. das Recht haben, seine Traditionen zu pflegen sowie seine Weltanschauung bzw. Religion zu leben. Dazu sagte die CSU leider NEIN!
- Im Themenbereich „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ fand die wichtige Forderung, dass die Planungssicherheit für Geduldete und die Rechtssicherheit für die Unternehmen erhöht werden

muss und das der ländliche Raum in enger Abstimmung mit den jeweiligen Kommunen gestärkt werden muss, um Einheimischen und Migranten eine Perspektive auf dem Land zu bieten, leider keine Mehrheit. Dies bedauern wir sehr, da es sich hier um sehr wichtige Forderungen für (mittelständische) Unternehmen handelt.

- Im Themenfeld „Wohnen und Stadtentwicklung“ gab es 13 (zum Teil erstaunliche) einvernehmliche Punkte, die von allen getragen wurden, **wie z.B. die Bevorzugung von kleineren also dezentralen Gemeinschaftsunterkünften, kein einseitiger Wohnungsbau für bestimmte Gruppen, steuerliche Anreize für kostengünstige Miet- und Betriebswohnungen. Dies begrüßen wir sehr.**
- Leider wurden auch hier wieder wichtige Forderungen von der Opposition abgelehnt, wie z.B. die bessere Unterstützung von Kommunen bei der Schaffung von kommunalen Wohnungsbaugenossenschaften oder die Erstattung von Mehrkosten der Kommunen für Integration und Unterbringung. Diese Mehrkosten dürfen nicht auf die Kommunen abgewälzt werden.
- Beim Themenfeld „Gesundheit und Pflege“ wurden 24 Maßnahmen von allen

Parteien mitgetragen; was wir sehr begrüßen, **dass das an 12 Standorten angebotene Gesundheitsprojekt „Mit Migranten für Migranten“ weiter ausgebaut werden soll; ähnlich ist es mit dem interkulturellen Netz Altenhilfe in Augsburg (eine Anlaufstelle für ältere türkische Migranten). Es soll ebenfalls ausgebaut werden.**

- Leider wurden auch hier 14 Forderungen der Opposition abgelehnt, wie z.B. die Verankerung der Dolmetscherkostenübernahme im Sozialgesetz.
- Beim Themenfeld „Kultur und Medien“ wurde die Forderung nach einer Erhöhung des Anteils an Menschen mit Migrationshintergrund in den Medien- und Rundfunkräten leider nicht von der CSU mitgetragen. Hier fordern wir schon lange eine andere Zusammensetzung, damit die Gesellschaft besser bilden zu können. Das Themenfeld „Integrationsbereitschaft, Integrationsrichtung, Leitkultur“ hat leider wenig Erkenntnisreiches geliefert. Hier war der Diskurs vielmehr von der schon erwähnten Ideologisierung durch die CSU, aber auch durch SPD und Grüne geprägt. Dadurch sind viele wichtige Fragen, z.B. in Bezug auf Belobigungen bzw. Sanktionierungen von Integrationsbemühungen untergegangen.

**Für die FREIEN
WÄHLER enorm
wichtige Punkte**

- Das Erlernen der Deutschen Sprache ist eine entscheidende Voraussetzung für die Integration
- Integration muss von unten nach oben erfolgen und die Kommunen finanziell und personell noch besser unterstützt werden; es kann nicht sein, dass die Kommunen auf den Personalkosten sitzen bleiben (2016 waren dies 550 Mio. €)
- Strukturen müssen für eine gelingende Integration stimmen; Wir brauchen in Bayern flächendeckend Integrationsbeiräte bzw. Integrationsbeauftragte. Bisher haben dies nur 27 Landkreise; das sind nur 38%. Man müsste dies gesetzlich verankern, wie dies bereits in Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen der Fall ist.
- Kommunale Ebene muss einbezogen werden
- Wir wollen das bestehende Integrationsgesetz verändern und verbessern.
 - Wir brauchen einen Integrationsbeauftragten, der vom Landtag gewählt und nicht einseitig durch den Ministerpräsident bestimmt wird.
 - Wir wollen eine konkrete Aufwertung des Integrationsrates; der auch konkrete Beschlüsse fassen soll. Beim Integrationsgesetz war dies z.B. nicht der Fall, eigentlich eine „No-

Go“ Situation.

- Der Integrationsrat ist als MUSS-Einrichtung und nicht als KANN-Gremium eingerichtet und kann so beliebig von der Integrationsbeauftragten gesteuert werden. Er muss an den Sozialausschuss „angedockt“ werden.
- Der Integrationsrat soll eine feste Struktur erhalten .Dies betrifft z.B. eine Mindestzahl an Sitzungen. Damit werden auch die Beteiligten deutlich aufgewertet
- Wir wünschen, dass auch größeren Städte einen Integrationsbericht erstellen, so wie dies kürzlich auch die Stadt München getan hat
- **Die Enquetekommission hat 356 Handlungsanleitungen einstimmig oder mehrheitlich verabschiedet. Das kann also noch nicht das Ende sein. Alle diese Beschlüsse noch umgesetzt werden. Diese Beschlüsse müssen/sollen zwingend in der nächsten Legislaturperiode geschehen. Ansonsten wäre die Enquetekommission wirkungslos. Und wir dürfen auch nicht so lange warten wie dies in der Enquete-Kommission Jung sein in Bayern der**

	Fall war.
Schluss	<ul style="list-style-type: none">- Amüsantes am Rande: Hilft das Singen der deutschen Nationalhymne und der Bayernhymne der Integration ? Diese Anordnung für alle Schulen wurde am 27.11. 1952 vom Landtag beschlossen und weitgehend vergessen (sogar von der CSU und nahezu allen MdLs). Antwort also nein: Dies hilft nicht und ist nur eine Episode am Rande. Es würde auch nichts bringen, wenn wir beschließen würden, dass nach jeder Landtagssitzung die Abgeordneten und die Minister diese Hymnen singen würden. Dies hat auch noch niemand gefordert . Integration ist mehr schon als Singen von Hymnen.- Wie Sie sehen, gehen wir FW pragmatisch mit Landtagsbeschlüssen und auch dem Integrationsgesetz um; wir lehnen es grundsätzlich nicht ab und gehen auch nicht selbst gerichtlich dagegen vor.- Wir FREIEN WÄHLER werden uns weiterhin für ideologiefreie und pragmatische Lösungsansätze stark machen. Denn wir sind stark in Bayerns Mitte verwurzelt!- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! Und Packen wir es an, damit wir unserer Verantwortung bei der Integration in Bayern, gegenüber den Einheimischen und Zugezogenen beiderseits, gerecht werden!

